

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
vierteljährl. 1 M. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag u. Sonnabend. In-
scriptionspreis: die Klein-
zeile 10 Pf.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

28. Jahrgang.

Dienstag, den 11. October

1881.

Nr. 120.

Französische Kriegführung.

Als im Jahre 1870 die deutschen Truppen siegreich auf Paris losmarschirten, da waren die französischen Journale voll von Nachrichten über Gräueltaten und Plünderungen, welche die rothhaarigen Germanen gegen harmlose französische Unterthanen ohne Rücksicht auf Geschlecht und Alter vollführt hatten. Es war in ganz Frankreich und auch theilweise in England eine allgemein geglaubte Thatsache, daß jeder deutsche Soldat mindestens eine Pendule bei sich im Tornister führte. Da nun aber Pendulen nicht zur vorchriftsmäßigen Ausrüstung eines deutschen Soldaten gehören, so ist es nicht zweifelhaft, wo diese Pendulen wohl herkommen mußten! — Die deutschen Zeitungen suchten gegen solche Verläumdungen anzukämpfen, aber es war ein vergebliches Bemühen. Wie anders nehmen sich nun dagegen die Nachrichten aus, die aus Nordafrika kommen! Die Berichte über die französische Kriegführung in Tunis enthalten der Gräueltaten so viele, daß man sie als übertrieben erachten müßte, wenn sie nicht in Frankreich selbst offizielle Bestätigung fänden. So ist in einer Versammlung der äußersten Linken ein ganzer Fragebogen für die Regierung angefertigt worden, in dem es heißt: „Ist es wahr, daß der Fanatismus durch verschiedene schwere Fehler erregt wurde? Ist es wahr, daß die berühmte Moschee von Sfax bombardirt wurde, daß unsere Soldaten in die Moschee eingebrungen sind, sich die Kleider der Ulema angezogen und Thaten verübt haben, welche die Fanatiker zur Verzweiflung getrieben haben?“ Die Regierung wird alle diese Fragen, wenn sie aufrichtig sein will, bejahen müssen. Die heilige Moschee ist absichtlich bombardirt worden, weil man dadurch „den Fanatismus bestrafen“ wollte, sie ist auch geplündert worden, und Plünderungstücke haben sogar nach Paris ihren Weg gefunden! Das alles ist wahr, und es ist auch richtig, daß durch diese Thaten der jetzige Zustand in seiner ungeahnten Größe sich erhoben hat. Die Araber, die sich in ihrem Heiligsten bedroht sahen, griffen überall zu den Waffen, bald stand das Küstengebiet und das Innere in Flammen, und der Brand hat sich aus Kairuan jetzt auch nach dem westlichen Theile fortgesetzt. Die militärische Lage ist nun ganz einfach die, daß die acht Brigaden, die man vor 14 Tagen unter verhältnißmäßig friedlichen Umständen für ausreichend hielt, jetzt nicht mehr genug sein werden, und daß sich Frankreich gezwungen sehen wird, neue Soldaten zu schicken, neue Opfer an Blut und Geld zu bringen. Da Niederbrennen zahlloser Dörfer, das schändliche Abhauen der Palmen und die Plünderung der Moschee von Sfax hat sich bitter gerächt. Die angeblichen Vorbeern, welche das Expeditionscorps in Nordafrika sich geholt hat, sind recht weis geworden; es hat sich deutlich gezeigt, daß die französische Armeeorganisation noch weit davon entfernt ist, zu der Vollendung gelangt zu sein, welche der französische Optimismus erhofft hatte.

Ein Zweifel an dem endlichen Siege der französischen Waffen über die Araber kann nicht sein, wohl aber daran, daß jemals ein erträgliches Verhältnis zwischen diesen und den Franzosen hergestellt werden wird.

Durch Grausamkeiten, Plünderung und Verwüstung schafft man keine Colonien, die dem Vaterlande nützen sollen, sondern den ewigen Haß, der jede günstige Gelegenheit benutzen wird, das Joch von dem unterdrückten und geknechteten Volke abzuwerfen.

Die französische Regierung darf nicht stolz sein auf ihre Kriegführung in Afrika; sie hat die Aufgabe der Culturmission nicht erfährt und die Nemesis wird vielleicht nicht lange auf sich warten lassen.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Es bestätigt sich, daß der Reichstag zum 15. November berufen werden soll. — Die Verschmelzung der Fortschrittspartei mit den Sezessionisten ist durch das Auftreten Richters und Lasslers hergestellt. Mit ganz vereinzelten Ausnahmen

haben sich diese beiden liberalen Gruppen in allen Wahlkreisen über gemeinsame Candidaten geeinigt und auch in ihren Wahlreden ist kaum mehr ein principieller Unterschied. Von beiden Gruppen zusammen sind 150 Candidaten aufgestellt. Mehr als achtzig durchzubringen, hat man selbst in diesen Kreisen keine Hoffnung. Die Nationalliberalen rechnen auf sechzig bis siebenzig Mandate. Der Gesamtbesitz der liberalen Parteien würde sich somit nach ihren eigenen Rechnungen nicht über etwa 150 Mandate erheben. — Die Sitzungen des Bundesrathes werden dem Vernehmen nach etwa am 20. d. Mts. ihren Anfang nehmen. — Um dem neuerdings, namentlich bei Gelegenheit der Ausbildung der Ersatzreserve, wiederum hervorgetretenen Mangel an Unterofficieren zum Theil abzuwehren, werden auf Anordnung des Kriegsministers jetzt bis auf weiteres auch diejenigen tüchtigen Einjährig-Freiwilligen, welche nach Abbeugung des activen Dienstjahres die Qualifikation zum Reserve-Officier nicht erhalten, zu Reserve-Unterofficieren ernannt.

— Ein industrielles Fachblatt, die „Eisenzeitung“, will erfahren haben, daß es in der Absicht liege, ein neues Reichsamt zu errichten, welches den Bedürfnissen der gesamten Technik dienen sollte. In dem Geschäftskreis dieses Reichsamts sollen hineingezogen werden: das Patent-, Marken- und Musterrecht, das Patentrecht, die Fabrikinspectionen, das Dampfeskreidations- und das Ausstellungsrecht, sowie die Ertheilung von Bauconsensen bei besonderen technischen Anlagen. Ferner sollen in das Ressort gehören die technischen Versuchsanstalten, sowohl die bestehende für Festigkeitsversuche, als auch eine neu zu errichtende für Brennmaterial, auch technisch-wissenschaftliche Bestrebungen, wie sie bis jetzt ausschließlich den Vereinen oblagen, sollen auf diesem Wege gefördert werden. Nach dem genannten Blatt ist der soeben aus Australien zurückgekehrte Geh. Regierungsrath Prof. Reuleaux als Vorsteher des neuen Reichsamts anzuordnen.

— Schweiz. Die Verhandlungen des in Chur stattgehabten sozialistischen Weltkongresses sind, nach den Berichten Schweizer Blätter zu schließen, ohne besondere Leidenschaftlichkeit geführt worden. Die Delegirten haben sich begnügt, über den Stand der Sozialdemokratie in den von ihnen vertretenen Ländern zu referiren; sie befreizigten sich dabei offenbar einer maßvollen Sprache und suchten mit wenigen Ausnahmen Alles zu vermeiden, was sie als Anhänger der Sozialrevolutionäre oder Anarchisten hätte kennzeichnen können. Man hat selbst vermieden, den Sitzungssaal mit der Lieblingsfarbe der Sozialisten, dem dunklen Roth, zu schmücken. Der Vorschlag Radows, der Kongreß solle die Bildung einer schlagfertigen Revolutionsarmee beschließen, um eventuell die errungene Macht behaupten zu können, wurde allseitig als lächerlich und verderblich bezeichnet. In der am 5. ds. abgehaltenen Schlussitzung wurde die Frage bezüglich eines gemeinsamen Manifestes an die Arbeiter aller Länder mangels Vorarbeiten verschoben, dagegen eine von einer viergliedrigen Kommission ausgearbeitete Resolution angenommen, in welcher es u. A. heißt: „... Da die Zeit der Utopisterei vorbei ist, und die heutigen Sozialisten, die sich wissenschaftlich unterrichten wollen, die Pflicht haben, die Lage und die historischen und politischen Bestrebungen ihres betreffenden Volkes zu studiren und so gut als möglich den Charakter ihrer befreienden Thätigkeit zu bestimmen, stellt der Kongreß fest, daß die nächsten allgemeinen Ziele folgende sind: 1) Die volle körperliche und geistige Erziehung der Individuen auf Kosten der Gesamtheit; 2) die Ueberführung der Produktions- und Verkehrsmittel in Gemeintheil; 3) den vollen Reinertrag der Arbeit für jeden Arbeiter; 4) der Kongreß anerkennt, daß in der nächsten Zeit die Arbeiterparteien sich werden verständigen können über eine Abfassung eines gemeinsamen Manifestes und fordert sie daher auf, Vorschläge für den nächsten internationalen Kongreß, dessen Organisation der französischen Arbeiterpartei anvertraut wird, auszuarbeiten.“

— Frankreich. Ueber die im Anzuge begriffene Cabinetkrise in Frankreich wird aus Paris vom 5. d. geschrieben: Seitdem das Datum der Einberufung der Kammern, wenn auch noch nicht officiell, festgesetzt ist, tritt die Frage nach der zukünftigen Regierung mit erneuter Macht in den Vordergrund. Die öffentliche Meinung ist einig darüber, daß das gegenwärtige Ministerium abtreten müsse, und discutirt nur noch die Frage, ob es den Ministern, welche durch ihre Unfähigkeit und ihren Mangel an Aufrichtigkeit Frankreich in Afrika in eine so heillose Lage gebracht haben, erlaubt sein soll, sich aller Verantwortung durch ihre Abdankung zu entziehen. Es ist unstrittig, daß die Gerechtigkeit erheischen würde, daß das Cabinet Ferry dem Parlamente Rechenschaft legen, und durch ein Tadelvotum desselben gestürzt werde. Aber die Franzosen scheuen sich im Allgemeinen davor, ihren Machtworttretern allzu scharf zu Weis zu gehen — man hat das gelegentlich des Sturzes des Cabinets Broglie im Jahre 1877 sehen können — und das Ministerium wird sich daher jedenfalls mit heller Haut aus der Affaire ziehen. Eine gewichtigere Frage ist jene, wer die Nachfolge der Regierung übernehmen soll und wird. So weit man den Blick auch sendet, es zeigt sich am politischen Horizonte nur Ein Mann, in den das Land Vertrauen setzt, welchem es Kraft und Geschicklichkeit zumuthet, der Ungunst der Verhältnisse Herr zu werden, das ist Gambetta. Daher herrscht auch allgemein die Ansicht, daß der Präsident der Republik trotz der Antipathie, die er gegen den Deputirten von Belleville hegt, sich genöthigt sehen werde, ihn an die Spitze des Ministeriums zu berufen. „Gambetta ist ein gefährlicher Brauselkopf“, soll er jüngst zu einem seiner Intimen gesagt haben, „und ich glaube Frankreich einen Dienst zu erweisen, indem ich ihn so lange als möglich vom Staatsruder fern halte.“ Gleichwohl ist Grévy zu constitutionell gesinnt, um nicht, falls die Kammer sich für Gambetta erklärt, sich dem Ausspruche derselben zu fügen.

— Rußland. Kaiser Alexander hat sich entschlossen, beim Beginne des Winters vom Schloß Gatschina in das Anischoff-Palais in Petersburg zu übersiedeln. Es werden deshalb umfassende Vorkehrungen zur Sicherstellung dieses Palastes gegen nihilistische Attentate getroffen. Rings um das Gebäude ist, wie die „Wiener Pr.“ meldet, ein unterirdischer Gang angelegt, den Militärpatrouillen durchziehen. Dieser Gang kann von der nahe vorbeifließenden Fontanka aus auch sofort unter Wasser gesetzt werden. Mit dem Besitzern der dem Palais gegenüber, auf dem Newsky Prospect liegenden Häuser steht das kaiserliche Hofministerium zwecks Ankaufs in Unterhandlung. Es sind dies: das Haus Lechatschew, in welchem der gebaltete Scheljaboff, sowie der arretirte Trigonij wohnten; ferner das Haus Mengden, von welchem aus Koboff seine Mine vortrieb; das Hotel Bellevue, welches schon seit längerer Zeit vom Hofministerium gemiethet ist, weil man von der oberen Etage aus, einen großen Theil des kaiserlichen Gartens überblicken kann; das Haus Begroff u. s. w. Man glaubt, daß sämtliche Gebäude durch Umbau zu einer großen Kaserne werden vereinigt werden.

— Aus Petersburg wird unterm 2. d. geschrieben: Es soll der Polizei gelungen sein, hier ein neues Konspirationquartier der Nihilisten in dem vor der Stadt gelegenen Fabrikbezirk „Alexandrowst“ zu entdecken und am vorigen Freitag nicht weniger wie sechzig daselbst zu einer Besprechung zusammengekommene „Terroristen“ aufzuheben. Zwei Sotnien Kosaken umstellten, wie erzählt wird, das betreffende Haus. Angeblich wurde von den Versammelten kein Widerstand geleistet. Auch aus Wladimir an der Wolga wird von einer angeblich hochwichtigen Arretirung berichtet. Danach wurde erst ein Telegraphen-Beamter und zufolge der Aussagen desselben noch ein zweiter Beamter, mehrere Civilpersonen und zwei Damen der besseren Stände gefänglich eingezogen. Es soll sich dort um einen Anschlag auf das Leben des Czaren gehandelt haben, der jedoch durch den